Klaus Hänsch

Mitglied des Europäischen Parlaments
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2006

Düsseldorf, im April 2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Europäische Parlament ist immer mehr ins Zentrum der europäischen Gesetzgebung gerückt. Einige der Gesetze, die es im Berichtszeitraum beschlossen hat, sind von besonderer wirtschaftspolitischer sowie sozial- und umweltpolitischer Bedeutung.

Im November 2006 haben wir mit den Stimmen der SPE-Fraktion die Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Damit sind drei Jahre äußerst schwieriger und kontroverser Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch zwischen dem Ministerrat, der EU-Kommission und dem Parlament zu Ende. Ziel der Richtlinie ist es, den Handel mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu erleichtern. Das ist auch gut für Deutschland. Auch bei den Dienstleistungen sind wir der bedeutendste Exporteur in Europa.

Der von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf des Gesetzes lief den Vorstellungen der SPD und meinen eigenen zuwider. Er ist auf Initiative der SPE-Fraktion durch das Europäische Parlament deutlich verbessert worden. Ursprünglich sollten Dienstleister nach dem Arbeitsrecht, dem Umweltrecht und den sozialen Regeln des Landes arbeiten, aus dem sie kommen („Herkunftslandsprinzip“). Wir haben durchgesetzt, daß jeder Dienstleister in jedem Land seine Dienste anbieten und ausführen kann, aber nach den Regeln und unter der Kontrolle des Landes, in das er geht („Ziellandprinzip“).

Wir haben es erreicht, daß die „Entsenderichtlinie“ von 1996 von der Dienstleistungsrichtlinie unberührt bleibt. Das eröffnet die Möglichkeit, gesetzliche Mindestlöhne einzuführen und sie damit auch für ausländische Firmen in Deutschland verbindlich zu machen. In Deutschland ist das bisher allein im Baugewerbe der Fall. Innerhalb von drei Jahren muß nun die Bundesregierung die Dienstleistungsrichtlinie ins deutsche Recht umsetzen.

Im Dezember 2006 hat das Parlament das neue EU-Chemikaliengesetz REACH (**R**egistrierung, **E**valuierung (Bewertung) und **A**utorisierung (Zulassung und Beschränkung) **ch**emischer Stoffe) beschlossen. Damit ist das komplexeste, sachlich schwierigste und politisch umstrittenste Gesetz der EU in Kraft gesetzt. Das Gesetz ersetzt 40 alte europäische Richtlinien und Verordnungen. Etwa 30.000 Chemikalien die bisher in Industrieprodukten aller Art stecken, sollen auf ihre Verträglichkeit für Umwelt und Gesundheit getestet und in einer zentralen Datenbank registriert werden. Das Parlament hat aber verhindert, daß die gleichen Chemikalien mehrfach getestet werden müssen. Das bedeutet weniger Tierversuche in der EU und geringere Kosten für europäische Unternehmen. Für den Einsatz neuentwickelter Chemikalien gelten künftig strengere Auflagen. Auch Unternehmen, die nicht in der EU produzieren, aber ihre Produkte in der EU verkaufen, unterliegen dem EU-Recht. Die EU setzt damit neue umweltpolitische Standards in der Welt. Das Gesetz gilt unmittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten.

Wahlkreisbüro
Kavalleriestr. 16
D - 40213 Düsseldorf
Tel.: 0049 - 211 - 13622 254
Fax: 0049 - 211 - 13622 251
E-Mail: Klaus.Haensch@spd.de
Internet: www.klaus-haensch.de

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - PHS 6A33
B - 1047 Brüssel
Tel.: 0032 - 2 - 284 5467
Fax: 0032 - 2 - 284 9467
E-Mail: khaensch@europarl.eu.int

Seit dem Oktober 2005 verhandelt die EU mit der Türkei und mit Kroatien über einen Beitritt. Ländern wie Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro sowie Albanien und Serbien ist ein späterer Beitritt in Aussicht gestellt worden. Daraus ergibt sich die Frage, ob die EU überhaupt weitere Beitritte institutionell, finanziell und politisch noch verkraften kann.

Die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament hat ein von mir und Helmut Kuhne erarbeitetes Positionspapier zu künftigen Erweiterungen beschlossen. Fortan muß nicht nur darauf geachtet werden, ob das Kandidatenland die EU-Bedingungen erfüllt, sondern auch, ob die EU den Beitritt überhaupt verkraften kann (der vollständige Text ist auf meiner Internetseite veröffentlicht). Im Dezember hat das Europäische Parlament daraus einen wichtigen Punkt als Grundbedingung für weitere Beitritte übernommen: Ohne einen Verfassungsvertrag (oder wenigstens eine entsprechende Reform der EU-Verträge) wird es keiner Erweiterung mehr zustimmen. Kommentar von Altbundeskanzler Helmut Schmidt: „Der vernünftigste Beschluß seit langem."

Im vergangenen Jahr habe ich in Brüssel und Straßburg 24 Besuchergruppen aus meinem "Wahlkreis" (das ist der gesamte ehemalige SPD-Bezirk Niederrhein) empfangen. Das waren insgesamt über 1000 Bürgerinnen und Bürger aus allen 15 Unterbezirken.
In meinem Wahlkreis habe ich 2006 an rund 30 Veranstaltungen teilgenommen. Daneben war ich in Deutschland, in der EU und in der Welt (München, Landau, New York, Moskau, Auckland/ Neuseeland) mit Vorträgen über die Europäische Union und insbesondere über den europäischen Verfassungsvertrag sowie zu politischen Gesprächen unterwegs.

Auf der Barbarafeier des Bergwerks Duisburg-Walsum habe ich vor knapp 1200 Bergleuten und Ihren Angehörigen meine Auffassung vertreten, daß Deutschland weiterhin einen Sockelbergbau braucht, wenn es weltweit seine führende Stellung in der Entwicklung sauberer Kohletechnologie erhalten will. Die wichtigsten meiner Reden und Vorträge könnt Ihr auf meiner Internetseite nachlesen.

In meinem Wahlkreisbüro hat es eine Veränderung gegeben: Neben Vladimir Zizka ist nun Katja Radziwill für Euch da: von Montag bis Donnerstag zwischen 9.00-17.00 Uhr und Freitag bis 15.00 Uhr in der Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 136 22 - 254, Fax: 0211 / 136 22 - 251, E-Mail: Klaus.Haensch@spd.de.
Meine Internetseite mit weiteren Informationen über mich und meine Arbeit ist nach wie vor abrufbar unter http://www.klaus-haensch.de und http://www.klaushaensch.de bzw. http://www.klaus-hänsch.de und http://www.klaushänsch.de.

Mit freundlichen Grüßen
Euer